

# links im Landtag

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Herbst 2018



## **Sachsen schwimmt im Geld. Aber nur der Staat.**

Dank all derer, die anständig ihre Steuern zahlen. Sachsens Städte, Gemeinden und Kreise haben von dem Geldsegen nur wenig, viele Menschen kaum etwas oder nichts. Warum ist das so? Weil die CDU-Finanzminister es mit der Sparsamkeit auf Kosten des Gemeinwohls so sehr übertrieben haben, dass ganze Regionen an den Bettelstab gebracht worden sind. Gleichzeitig wurden Milliarden Euro Steuergelder

im Spekulationsabenteuer der sächsischen Landesbank verbrannt, die dabei zugrunde ging.

Damit sich alle Menschen, die in Sachsen leben, auch hier zu Hause fühlen, muss der Staat wieder funktionieren – egal ob es um Schule ohne Unterrichtsausfall, Polizeirevier mit präsentem Personal oder Garantie eines wohnortnahen Gesundheitswesens geht. Und vor allem die Kommunen müssen wieder funktionieren, damit es überall Orte der Begegnung

und des Miteinanders geben kann. Ob Dorfklub oder Freibad, ob Busverbindung oder Breitbandkabel, die vielbeschworene »öffentliche Hand« hat dem Alltag einen verlässlichen Rahmen zu geben.

Wo nötig, muss auch Schulhausneubau staatlich deutlich mehr gefördert werden. Die Schülerbeförderung ist vielerorts eine Zumutung – zu teuer und mangelhaft abgestimmt zum Beispiel mit Berufsschulen; hier ist Handlungsbedarf!

Auch bei der Ehrenamtsaufwandsentschädigung sollte der Staat eine Schippe drauflegen; die 40 Euro monatlich reichen oft nicht mal fürs Busticket, um die Einsatzorte des Engagements regelmäßig zu erreichen.

Das sind nur wenige Beispiele der Beiträge der Linksfraktion zu den Beratungen des Landtages über den Sachsen-Etat 2019/2020. Mehr über unsere Initiativen fürs soziale Sachsen in dieser Zeitung!



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

# Wie wir arbeiten: Beispiel Mindestlohn

Als der Mindestlohn eingeführt wurde, hatten dadurch Hunderttausende Beschäftigte in Sachsen mehr Lohn für ihre Arbeit und damit mehr Geld zum Leben. Es waren die Fraktionen der LINKEN in den Landesparlamenten und im Bundestag, die als erste und mit Ausdauer auf den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn drängten. Seit er endlich eingeführt ist, machen wir uns für eine Höhe des Mindestlohns stark, mit der man im Alter so viel Rente hat, dass man nicht wieder zum Amt muss. Auch das werden wir schaffen!

Die Mutter aller Fragen ist die soziale Frage: Wie geht es gerecht zu im Land? Weit mehr als sechstausend Mal allein in dieser Wahlperiode haben unsere Abgeordneten bei Unstimmigkeiten und Ungereimtheiten der sächsischen Regierungspolitik nachgehakt – auch damit liegen wir mit großem Abstand an der Spitze der Fraktionen. Oft genug wurde damit das Informationsbedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern gestillt, die sich an Abgeordnete gewandt hatten, wenn zum Beispiel Behörden Antworten schuldig blieben.

Opposition heißt, im Gegensatz zur Regierung zu stehen. Die Erfahrungen in der DDR haben uns gezeigt, dass jede Regierung eine funktionierende Opposition braucht, um nicht abgehoben und eigenmächtig zu werden. Wenn Ministerpräsident Kretschmer in einer Regierungserklärung vor dem Landtag erzählt, warum eigentlich alle in Sachsen Grund zu guter Laune haben, ist es unser Job zu sagen, wo es noch hakt und welche Alternativvorstellungen wir haben. Sonst wären wir keine gute Opposition und das Land nähme Schaden.

## Worum es jetzt in Sachsen geht

Gerade bei den Beratungen über den Haushalt des Landes sollte die Opposition beweisen, dass sie mehr kann als kritisieren. Wie das praktisch funktionieren kann, lässt sich an den Schwerpunkten unserer Politik in den Haushaltsberatungen und im letzten Jahr der laufenden Wahlperiode zeigen. Zurzeit wird ja im Landtag darüber diskutiert, wofür der Freistaat 2019 und 2020 wie viel Geld ausgeben soll.

- Mobilität für alle und dies überall – der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs darf nicht länger von der Trennung der fünf Zweckverbände behindert werden! Es muss möglich sein, sich mit Bus und Bahn in ganz Sachsen so zu bewegen, dass Menschen jeden Alters auch ohne Auto mobil bleiben.
- Medizinische Versorgung wohnortnah in allen Regionen. Es geht aber auch um den öffentlichen Gesundheitsdienst. Der muss wieder voll handlungsfähig werden. Es ist ein Skandal, dass in einem so reichen Land regelmäßige Untersuchungen von Kindern oder gar Impfungen ausfallen, weil der öffentliche Gesundheitsdienst in Sachsen kaputtgespart wurde!
- Wiederherstellung wirklicher Demokratie vor Ort – wenn man 15 Aktenordner mit Förderprogramm-Bürokratiezetteln anhäufen muss, um eine Straße in der Gemeinde zu bauen, kann das so nicht weitergehen. Mit pauschal 100 Euro pro Kopf und Gemeinde und zehn Millionen Euro Regionalbudget je Kreis bzw. kreisfreier Stadt zur freien Verfügung wollen wir bürokratielose Handlungsfreiheit schaffen.

- Polizei mit genug Personal im ganzen Land – als ich 2014 insgesamt 550 mehr Polizistinnen und Polizisten forderte, meinte der damals amtierende CDU-Ministerpräsident Tillich dazu: Einen Polizeistaat hatten wir schon mal in der DDR. Wenngleich für uns LINKE klar ist, dass öffentliche Sicherheit vor allem soziale Sicherheit bedeutet, ist eine bedarfsgerecht ausgestattete und strukturierte, bürgernah und partnerschaftlich handelnde Polizei für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung unabdingbar. Der völlig falsche Weg sind dagegen die von der CDU/SPD-Koalition mit dem neuen Polizeigesetzentwurf geplanten Einschränkungen der durch die Verfassung garantierten individuellen Grund-, Freiheits- und Persönlichkeitsrechte. Dadurch würde der Staat uns alle als »Gefährder« abstempeln, das aber gefährdet die Sicherheit!

Geld genug ist da, gerade hier in Sachsen, wo die CDU-Finanzminister jahrzehntelang milliardenschwere Rücklagen gebunkert haben. Die Alternative ist nicht Sparsamkeit oder Schuldenmachen, sondern sinnloses Geldhorten oder sinnvolles Investieren – in Bildung, öffentliche Sicherheit, Verkehrs- und Breitband-Infrastruktur, Soziales, Kultur und Förderung der mittelständischen Wirtschaft.



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

## Die Alternative: Schule des 19. oder 21. Jahrhunderts

Es ist übrigens nicht so, dass wir nur unser eigenes politisches Süsschen kochen. Mit den GRÜNEN haben wir u. a. fünf Anträge und zwei Gesetzentwürfe in den Landtag gebracht und eine gemeinsame Konferenz zum Thema Kommunal финанzen organisiert.

Auch mit Mitgliedern der SPD-Fraktion arbeiten wir z. B. gemeinsam mit vielen anderen Initiativen und Verbänden im Bündnis für längeres gemeinsames Lernen. Derzeit läuft die Unterschriftensammlung für den Volksantrag (siehe Berichte in dieser Zeitung). Dieser will die unsinnige und erzwungene soziale Spaltung der Kinder nach der 4. Klasse beenden.

Im Mittelpunkt der landespolitischen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren hier in Sachsen wird die Bildungspolitik stehen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich die Überwindung der sozialen Spaltung auf die Fahne schreibt – und deshalb die klare Ansage, die ja auch von Stimmen aus der sächsischen Unternehmerschaft unterstützt wird: Die gegliederte Schule des 19. Jahrhunderts steht der Zukunft Sachsens im Weg. Davon sind auch zwei Drittel aller Sachsen überzeugt, wie die Umfrage eines renommierten Meinungsforschungsinstituts im Auftrag unserer Fraktion im Vorjahr gezeigt hat – [www.linksfraktionsachsen.de/volksentscheid](http://www.linksfraktionsachsen.de/volksentscheid). Die Gemeinschaftsschule muss auf freiwilliger Basis, wie in Thüringen, auch in Sachsen eine Chance bekommen. Damit alle Kinder die gleichen Chancen haben!

Liebe Leserin, lieber Leser,

*ohne Fleiß kein Preis? Über dreihundert Anträge und Gesetzentwürfe hat die Linksfraktion in den vier Jahren seit der letzten Landtagswahl erarbeitet. Damit sind wir die fleißigste Landtagsfraktion in Sachsen. Zustimmung der Mehrheit des Landtags hat bisher noch keine unserer Parlaments-Drucksachen gefunden. Traurig macht uns das nicht, denn vieles haben wir zusammen mit Menschen außerhalb des Parlaments auf den Weg gebracht. So haben wir gemeinsam mit den Gewerkschaften den Entwurf eines neuen Vergabegesetzes vorgestellt. Unsere Botschaft: Der Staat muss – gerade auch im Niedriglohnland Sachsen – mit seiner eigenen Auftragsvergabe für gute Löhne, soziale Standards und eine intakte Umwelt sorgen.*

Ihr Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

*Die Mutter aller Fragen ist die soziale Frage. Wir haben was gegen Hungerlöhne gemacht – mit viel Druck den Mindestlohn durchgesetzt. Das ist eine erste Antwort auf den Skandal, dass viele Menschen in Sachsen trotz Arbeit arm sind. Damit sind wir noch nicht zufrieden – denn auch Armut im Alter geht gar nicht!*





Dass wir in Sachsen derzeit zu wenig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben, ist kein unerwarteter Schicksalsschlag. Wir haben schon vor mehr als einem Jahrzehnt auf den sich abzeichnenden Mangel hingewiesen. Nun ist er da – und was fällt der Verursacherin, der CDU, ein? Die Verbeamtung für jüngere Lehrkräfte – ein Instrument der Vergangenheit, das nur einen Effekt hat, die soziale Spaltung der Lehrerschaft!

## Was ich jetzt schreibe, gefällt nicht allen

Ich finde, der Streit darüber, ob »Wir schaffen das« oder »Wir schaffen das nicht« richtig ist, führt nicht weiter. Unser Wirtschafts- und Sozialsystem ist kein Kuchen, der mit jedem Gast kleiner wird. Ich bin auch kein Anhänger der Bundeskanzlerin, aber »Merkel muss weg« ist nicht automatisch die Lösung unserer Probleme in Sachsen. Eher schon: Leiharbeit und ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse müssen weg! Dafür könnte Sachsen insbesondere im Bundesrat, aber auch über alle sächsischen Bundestagsabgeordneten die Stimme erheben. Das tut aber weder die CDU noch ihre Konkurrenz von rechts.

Es geht nicht darum, wer hier moralisch besser oder schlechter, Gut- oder Bösewicht ist. Uns sollte die Vernunft am Herzen liegen. Ich kann keine Vernunft in dem Vorgehen erkennen, mit Riesenaufwand Menschen in den Kosovo und nach Albanien abzuschicken und dann zu rufen: Wir brauchen dringend Pflegekräfte aus dem Kosovo und Albanien! So ist es geschehen in Sachsen – und so ist es verrückt.

Wir als Oppositionsfraktion haben zwar nicht so viel Geld wie die Staatskanzlei zur Verfügung und können nicht überall »Sachsengespräche« anbieten. Aber wir kommen auch viel herum, auf »Sachsen-Touren« und Vor-Ort-Veranstaltungen. Und ich habe auch gerne auf all die Briefe geantwortet, die mich nach meinem Brief an die Bürgerinnen und Bürger erreicht haben. Mancher Hausbesuch hat sich angeschlossen. Bei uns sitzen alle im selben Boot, in allen Teilen des Freistaates.

**Schließlich: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Truppentransporte durch Sachsen zu NATO-Manövern nahe der russischen Grenze wollen wir nicht, wechselseitige Drohgebärden machen die Welt nicht sicherer, sondern setzen sie aufs Spiel. Dazu haben wir eine Aktuelle Debatte im Landtag durchgeführt und erfreut festgestellt: Fraktions- und parteiübergreifende Vernunft ist möglich. Wir sollten darauf aufbauen.**

*Die Mutter aller Probleme in Sachsen ist eine Regierungspartei, die keinen klaren Kopf mehr hat, sondern sich in Widersprüchen verätzt, die sie nicht mehr lösen kann. Zugleich will sie immer rechthaben, doch Hochmut kommt vor dem Fall. Da ist alles Herumreden nutzlos. Ohne parteiübergreifende Vernunft geht's nicht.*

## Ohne Handeln bringt das viele Reden nichts

Was aber ist die »Mutter aller Probleme« in Sachsen? Es ist die wachsende Widersprüchlichkeit einer Partei, die in Sachsen schon länger regiert als die innerdeutsche Mauer gestanden hat. Und die nun, auch ganz widersprüchlich, einen »neuen Mann« zum Ministerpräsidenten gewählt hat, der zuvor 13 Jahre lang Generalsekretär der Regierungspartei war. Der also, um im Sprachgebrauch der CDU Sachsen zu bleiben, trotz jungen Aussehens eine »Altlast« ist. Und so wird eben CDU-typisch weiterregiert:

Auf der einen Seite hat man den Staat von den Menschen entfernt und Schulen, Polizeireviere und Ämter geschlossen. Eine Kreisgebietsreform durchgesetzt und die Gemeindefusionen vorangetrieben. Das alles, ohne auf die Identitäten der Menschen vor Ort Rücksicht zu nehmen. Auf der anderen Seite will die CDU-geführte Regierung den Menschen in den »Sachsengesprächen« ganz nah sein. Der Staat bleibt aber weit weg, wenn Schulen, Polizeireviere und Ämter vor Ort geschlossen bleiben. Und dass umstrittene Gemeindefusionen korrigiert würden, davon war bisher noch nicht zu hören.

Sachsen braucht eine andere Verwaltungskultur. Mehr Mut zu Entscheidungen, weniger Bevormundung von oben. Die Leute wollen keine Bilder von wichtigtuersich in die Kamera guckenden Prominenten mehr, die bunte Bändchen durchschneiden und stolz darauf sind, nach langen Genehmigungsprozeduren endlich das Geld der Steuern zahlenden Bevölkerung verbaut zu haben.





# Wenn wir die Mehrheit hätten, sähe Sachsen so aus ...

**Alle Abgeordneten der Linksfraktion mussten auf die Frage nach ihrer »Lieblings-Parlaments-Initiative« antworten: Was wäre, wenn die Mehrheit im Landtag diese Initiative beschlossen bzw. die derzeitige Regierung dem Anliegen gefolgt wäre? Sie alle zeigen, dass Sachsen eine andere politische Mehrheit braucht. Wem die Übersicht nicht reicht, kann unter <http://edas.landtag.sachsen.de> alle Drucksachen nachlesen.**



**Klaus Bartl**

Verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher  
[klaus.bartl@slt.sachsen.de](mailto:klaus.bartl@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/1088

## **Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie**

»Wäre dieser Gesetzentwurf, den wir gemeinsam mit den GRÜNEN eingebracht hatten, angenommen worden, hätten statt wie bisher 450.000 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten 175.000 genügt, um einen Volksentscheid zu erreichen. Auch hätte der Landtag die Möglichkeit bekommen, von ihm beschlossene Gesetze, die sehr umstritten sind, vor dem Inkrafttreten der Bevölkerung zur endgültigen Abstimmung zu überantworten.«



**Marco Böhme**

Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität; Stellv. Fraktionsvorsitzender  
[marco.boehme@slt.sachsen.de](mailto:marco.boehme@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/9197

## **Windenergie-Beteiligungsgesetz**

»Mit unserem Windenergiebeteiligungsgesetz hätten erneuerbare Energien endlich wieder eine Chance in Sachsen – und dabei würden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gemeinden auch direkt etwas davon bekommen: mehr Mitspracherechte und auch eine finanzielle Beteiligung. Außerdem würde Klimaschutz bei der Planung der Landesentwicklung die Rolle spielen, die in Zeiten des von Menschen verursachten Klimawandels notwendig ist.«



**Sarah Buddeberg**

Gleichstellungs- und Queerpolitische Sprecherin; Parlamentarische Geschäftsführerin  
[sarah.buddeberg@slt.sachsen.de](mailto:sarah.buddeberg@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/9884

## **Vertrauliche Spurensicherung für Opfer sexualisierter Gewalt**

*»Im Antrag fordern wir, dass Opfer von sexualisierter Gewalt flächendeckend in Sachsen die Spuren anonymisiert sichern lassen können. Das ermöglicht es, erst später eine Anzeige zu stellen und dennoch eine lückenlose Beweiskette für ein späteres Gerichtsverfahren vorzuweisen. Dafür müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um das medizinische Personal für die Durchführung dieser Untersuchungen zu bezahlen. Bisher geschieht dies oft noch »ehrenamtlich« und auch nur in wenigen Kliniken. Gerade im ländlichen Raum gibt es so gut wie keine Möglichkeit, nach einer erlittenen Tat anonym die Spuren sichern zu lassen. Die Antragsidee entstand aus dem Austausch mit den Personen, die im Gewaltschutz arbeiten. Es ist ein kleiner, aber sehr wirkungsvoller Baustein im Kampf gegen sexualisierte Gewalt. Wir haben ihn gemeinsam mit den Vereinen erarbeitet, ein Fachgespräch dazu organisiert und schließlich eine Sachverständigenanhörung im Sozialausschuss durchgeführt.«*



**Nico Brünler**

Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik  
[nico.bruebler@slt.sachsen.de](mailto:nico.bruebler@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/12101

## **»Verhinderung von Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerung«**

»Wiederholt haben auch in Sachsen Großunternehmen trotz guter Auftragslage vor Ort Beschäftigte entlassen und Betriebsteile geschlossen und öffentlich damit gedroht. Manchmal geht es darum, Fehlentscheidungen des Managements auf dem Rücken der Belegschaft auszutragen, oder es soll einfach kurzfristig der Profit gesteigert werden. Einige solche Beispiele, wie das Görlitzer Siemenswerk oder die Neue Halberg Guss in Leipzig, rufen auch in den Medien große Empörung hervor. Diese sind aber nur die Spitze des Eisbergs. In den meisten dieser Fälle bleiben der Politik bisher lediglich Appelle an das soziale Gewissen der Unternehmen oder die Zusage zusätzlicher Fördermittel. Es geht jedoch auch anders. Unser Antrag hatte klare gesetzliche Vorgaben zum Ziel, die Massenentlassungen oder Werksschließungen bei nachweislich positiver Ertragslage zu verhindern. Wir wollten den Kündigungsschutz verbessern und ein stärkeres Mitspracherecht der Belegschaft erzwingen. Nicht der Aktienkurs darf im Mittelpunkt stehen, sondern das Wohl der Beschäftigten.«



**Cornelia Falken**

Bildungspolitische Sprecherin  
[cornelia.falken@slt.sachsen.de](mailto:cornelia.falken@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/13145

## **Keine »Zwei-Klassen-Lehrerschaft«**

»Von der Verbeamtung, die CDU und SPD beschlossen haben, profitieren nur Lehrkräfte, die jünger als 42 Jahre sind. Von den etwa 30.000 Lehrkräften sind das lediglich 7.000. Die Altersgrenze von 42 Jahren benachteiligt den größeren Teil der Lehrerschaft, also gerade die, die in den vergangenen Jahren die Arbeit in den Schulen getan haben. Die in Aussicht gestellte Ausgleichszahlung für

angestellte Lehrkräfte ist einer Verbeamtung nicht adäquat. Es wird eine »Zwei-Klassen-Lehrerschaft« geschaffen. Und ob verbeamtete Lehrkräfte ausgerechnet in die Regionen gehen, wo der Lehrermangel am größten ist, das dürfte zu bezweifeln sein. DIE LINKE fordert vom Kultusminister eine Verbesserung der Attraktivität des Lehrerberufs. Dabei geht es außer einer angemessenen und gerechten Vergütung auch um entsprechende Rahmenbedingungen. Die klaren Regeln müssen in einem Tarifvertrag verbindlich vereinbart werden.«



**Antje Feiks**

Medienpolitische Sprecherin  
[antje.feiks@slt.sachsen.de](mailto:antje.feiks@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/2135

## **Weiterentwicklung der Jugendpauschale**

*»2016 lehnte die Landtags-Mehrheit unseren Antrag ab. Hätte sich hier eine Mehrheit gefunden, würden wir im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit – vor allem im ländlichen Raum – deutlich besser dastehen. Denn mit der Jugendpauschale unterstützt der Freistaat die Kommunen bei der Förderung von Jugendclubs, mobiler Jugendarbeit, Familienbildung, etc. Diese Einrichtungen wurden vor allem im ländlichen Raum in den letzten Jahren immer weiter runter gefahren bzw. sogar geschlossen, weil die Kommunen kein Geld dafür hatten. Dabei sind diese Einrichtungen wichtig für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen. Mit einer Zustimmung zu unserem Antrag hätten wir dieses Förderinstrument auf neue Beine stellen und dafür sorgen können, dass zukünftig junge Menschen in ihrem Dorf wieder eine Anlaufstelle haben und sich eben nicht an der einzigen Haltestelle treffen müssen.«*





**Rico Gebhardt**

Fraktionsvorsitzender  
rico.gebhardt@  
slt.sachsen.de



**René Jalaß**

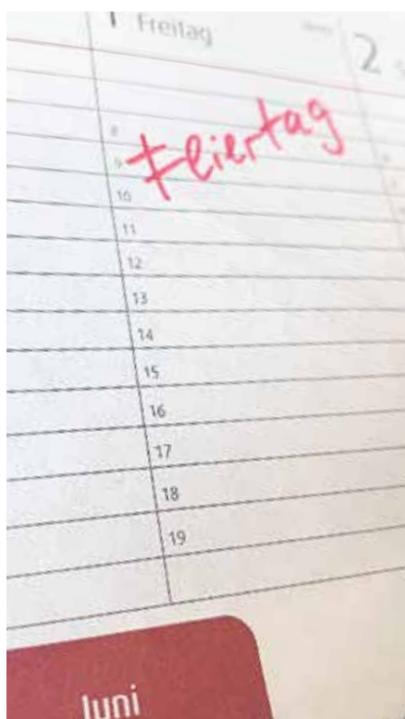
Sprecher für Hochschul-  
und Wissenschaftspolitik;  
Sprecher für Drogen-  
und Netzpolitik  
rene.jalass@  
slt.sachsen.de



Drucksache 6/13238

**Gesetz für Familien-Feiertag**

»Es stünde Sachsen gut zu Gesicht, sich der Initiative aus den Reihen der Thüringer Regierungskoalition anzuschließen, einen Feiertag für die Familie einzuführen, der sich am Kindertag orientiert. Wir schlagen dafür den ersten Freitag im Juni als freien Tag vor. Mehr Zeit für Familie ist ein Grundbedürfnis unserer Zeit. Mehr Zeit, um mit den Kindern zu spielen, brauchen viele Menschen. Ein solcher Feiertag wäre ein starkes Signal an die Familien in Sachsen. Und er passt als nichtkonfessioneller Feiertag zu einer Gesellschaft, die zu drei Vierteln nicht religiös, aber an humanistischen Werten des Zusammenlebens interessiert ist. In einer Zeit ständiger Arbeitsverdichtung und wachsenden Berufsstresses geht es nicht um weniger, sondern mehr Feiertage – Bayern macht Sachsen vor, dass das auch wirtschaftlich gut tut.«



Drucksache 6/9585

**Selbstverwaltung der Hochschulen u. a.**

»Es gibt viele Drucksachen, mit denen sich Sachsen zum Besseren gewendet hätte. Im Grunde alle, die aus unserer Fraktion kommen. Aber das ist wurscht. Denn kaum eine wird angenommen. Der Absender ist schlicht falsch. Ich könnte mich schwer für eine Lieblingsdrucksache entscheiden. Vielleicht unser Hochschulgesetzentwurf? (Drucksache 6/9585): Da geht's um die grundlegende Demokratisierung der Hochschulen durch Abschaffung des Lehrstuhlprinzips, um echte Mitbestimmung durch flache Hierarchien und um ein Nein zur Kriegsforschung durch eine Zivilklausel. Vielleicht würde ich mich auch für unseren Konsumraum-Antrag (Drucksache 6/8237) entscheiden. Dieser würde unmittelbar Leben retten! Schön fand ich das »Gesetz für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in einem weltoffenen Sachsen« (Drucksache 6/8130). Antirassismus als Staatsziel. Das Gute daran muss ich nicht näher ausführen, oder? Eine meiner eingereichten Drucksachen, eine Anfrage, hat ja nicht mal eine Nummer bekommen. Nun werden wir wohl nie erfahren, ob's bei der AfD-Fraktion hackt.«



**Marion Junge**

Sprecherin für Bürger-  
Innenanliegen und  
Petitionen;  
Sprecherin für  
Weiterbildung und  
Kindertageseinrichtungen  
marion.junge@  
slt.sachsen.de

Drucksache 6/10764

**Gesetz für schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas**

»Wenn dieses Gesetz beschlossen worden wäre, würde sich der Personalschlüssel jährlich und schrittweise um fünf Prozent ab 1. September 2019 für alle Kindertageseinrichtungen, von der Krippe, Kindergarten bis zum Hort, verbessern. Mit dieser Stufenabsenkung erreichen wir in Sachsen einen Betreuungsschlüssel in den Jahren 2022/23 für Kindergarten 1:10 und Krippe 1:4 und im Jahr 2025 im Hortbereich 1:16. Die Erzieher\*innen können durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels mit den Kindern in kleineren Gruppen arbeiten, und die Kinder können dadurch besser individuell gefördert werden. Die Qualität der Kindertagesbetreuung würde sich spürbar verbessern. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die von der Bertelsmann-Stiftung empfohlenen Betreuungs-

schlüssel – Kinderkrippe 1:3, Kindergarten 1:7 und Hort 1:13 – in einem Zeitraum von zwölf Jahren, also bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Frühkindliche Bildung braucht verlässliche und kindgerechte Rahmenbedingungen in den Kitas! Dafür steht unser Gesetzentwurf.«



**Kathrin Kagelmann**

Sprecherin für  
Agrarpolitik und  
ländliche Räume  
kathrin.kagelmann@  
slt.sachsen.de

Drucksache 6/2666

**»Glyphosat-Antrag«**

»Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist hoch umstritten, denn trotz vorschriftsmäßiger Anwendung belasten sie die Umwelt, schädigen Pflanzen und Tiere, und ihre Rückstände lassen sich bereits in unserem Trinkwasser nachweisen. Bienen und andere bestäubende Insekten leiden am stärksten unter den giftigen Spritzmitteln. Das am häufigsten eingesetzte Mittel Glyphosat wird vom Internationalen Krebsforschungszentrum als »wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Hohe Kosten entstehen für die Allgemeinheit durch notwendige Kontrollen von Lebensmitteln oder Grundwasser. Ökobauern sind die Leidtragenden, wenn ihre Felder durch Abdrift verunreinigt werden, denn sie können ihre Produkte dann nicht mehr ökologisch vermark-

ten. Wir wollen – das war Ziel dieses gemeinsamen Antrags mit den GRÜNEN – insgesamt deutlich weniger Pflanzenschutzmittel sowohl auf sächsischen Feldern als auch auf Flächen von Freistaat und Kommunen, eine bessere Kontrolle der Anwendung und mehr Forschung zu den Auswirkungen.«



**Anja Klotzbücher**

Sprecherin für  
Europapolitik  
anja.klotzbuecher@  
slt.sachsen.de

Drucksache 6/9061

**Mehr Demokratie von unten bei internationalen Verträgen**

»Meine liebste Drucksache ist unser Antrag »Kommunen im Freistaat Sachsen bei der Befassung mit transatlantischen Freihandelsabkommen einbeziehen – Gesamtstrategie für den Umgang mit TISA, CETA und TTIP in Sachsen entwickeln.« Ziel der Einreichung war es, die Staatsregierung zu mehr Demokratie zu bewegen und dafür zu sensibilisieren, ein so komplexes und folgenreiches Thema nicht unhinterfragt abzunicken. Wäre der Antrag angenommen worden, hätten wir eine wichtige und hintergründige Debatte zu den Freihandelsabkommen in Sachsen mit den Kommunen führen können. Eine Gesamtstrategie für den Umgang mit Freihandelsabkommen hätte eine gute Vorbildwirkung für weitere Bundesländer haben können, und wir hätten aus Sachsen heraus den Dialog gestartet. Es bleibt bei einer schönen Vorstellung, denn auch dieser Antrag wurde abgelehnt, und die sächsische Staatsregierung scheut sich weiterhin, die Folgen der Abkommen zu reflektieren.«





**Kerstin Köditz**

Sprecherin für Antifaschistische Politik  
kerstin.koeditz@slt.sachsen.de

Drucksache 3/11214

**Entschließungsantrag zur Zurückdrängung der extremen Rechten**

»Meine Lieblingsdrucksache ist von 2004. Wenn dieser Entschließungsantrag der PDS zu einer Großen Anfrage der SPD vor immerhin 14 Jahren angenommen worden wäre, dann hätten wir heute viele der Probleme nicht, die die CDU zum Thema extreme Rechte inzwischen wenigstens eingesteht. Dann hätte dem Landtag zum 31. Dezember 2004 eine Gesamtkonzeption vorgelegen, die gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Erziehung, der Jugendarbeit und anderen relevanten gesellschaftlichen Kräften erarbeitet worden wäre. Dann hätte eine Überarbeitung der Lehrpläne stattgefunden, um gegenüber rechts-extremem und rassistischem Gedankengut zu sensibilisieren, dann wären die finanziellen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen worden, um die lokale Präventionsarbeit zu verstärken. Dann wäre auf die Landeszentrale für politische Bildung eingewirkt worden, damit deren entsprechendes Angebot erweitert werden kann. Wir hätten 14 Jahre Zeit gehabt, um zu verhindern, dass die heutigen Zustände entstehen.«



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag / efa



**Heiko Kosel**

Sprecher für nationale Minderheiten;  
Sprecher für die Euroregionen und interregionale Zusammenarbeit  
heiko.kosel@slt.sachsen.de

Drucksache 6/9235

**Änderungsantrag zum Schulgesetz: Auf Sorgen der Sorben hören**

»Wir finden es nicht richtig, dass nach dem Gesetz die Vertreter der Sorben in Fragen des Schulwesens nicht mit allen ihren Sorgen gehört werden, sondern nur mit den »grundsätzlichen«. Denn: Was ist »grundsätzlich«, und wer entscheidet, was »grundsätzlich« ist? Ist es der zuständige Sachbearbeiter, der Abteilungsleiter, der Staatssekretär oder Minister, und wenn ja, der Kultusminister oder die Wissenschaftsministerin? Hier drohen willkürliche Ermessensanwendungen und Zuständigkeitschaos, die der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Vertretern des sorbischen Volkes und des Freistaates Sachsen beträchtlichen Schaden zufügen können. Mit der Annahme unseres Änderungsantrages wäre der Landtag mit dem minderheitenrechtlichen Niveau in Brandenburg gleichgezogen, wo es zur Anhörung der sorbischen Vertreter ausreicht, wenn ein Beratungsgegenstand die Rechte der Sorben »berührt.«



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag



**Kerstin Lauterbach**

Familienpolitische Sprecherin  
kerstin.lauterbach@slt.sachsen.de

Drucksache 6/8851

**Sächsischen Familienpass attraktiver machen**

»Den Sächsischen Familienpass gibt es seit 20 Jahren. Eine Aktualisierung wäre also dringend notwendig. Was wäre, wenn die Abgeordneten unserem Antrag zugestimmt hätten? Ein Erwachsener mit einem Kind könnte bereits in den Genuss kommen, den Familienpass zu nutzen. Ebenso wie Großeltern, die für uns selbstverständlich zur Familie gehören. Er wäre gültig, bis das letzte Kind wirtschaftlich selbstständig ist, und muss nicht mehr jährlich neu beantragt werden. Überhaupt würde die Beantragung einfacher. Außerdem wünschen wir uns Vereinbarungen mit anderen Bundesländern über gegenseitige Anerkennung und Nutzung von Landesfamilienpässen. Ein Familienpass, der ganz einfach viele Familien in Sachsen erreicht, ist ein Beitrag zur Familienförderung und gegen Kinderarmut. Wir bieten damit eine Möglichkeit, kulturelle Angebote in Sachsen allen Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen.«



**Verena Meiwald**

Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin;  
Sportpolitische Sprecherin  
verena.meiwald@slt.sachsen.de

Drucksache 6/9219

**Sport für Menschen mit Behinderungen**

»Hätte die Landtagsmehrheit unseren

Antrag im Mai letzten Jahres nicht abgelehnt, dann gäbe es bereits heute zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, die Sport treiben wollen. Dazu gehören Zuschüsse für Transportmöglichkeiten und anfallende Fahrtkosten, finanzielle Unterstützungen für die Sportgeräte, die im Behindertensport oftmals ganz andere sind als bei nichtbehinderten Sportlern. Aber auch bauliche Maßnahmen an Sportstätten, die einen barrierefreien Zugang und eine barrierefreie Nutzung ermöglichen.«



**Juliane Nagel**

Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik  
Sprecherin für Datenschutz  
juliane.nagel@slt.sachsen.de

Drucksache 6/4865

**Gesetz über Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme**

»Der Beschluss des Flüchtlingsaufnahmegesetzes der Linksfraktion wäre ein Schritt zur schnelleren und besseren Integration und ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Frieden in Sachsen gewesen. Das Gesetz sah eine bessere Unterbringung, Versorgung und Beratung von schutzsuchenden Menschen von der Erstaufnahme bis einschließlich der Verteilung in die Kommunen vor. Auf der anderen Seite sollten die Kommunen die Kosten für diese Aufgabe voll erstattet bekommen. Ein zentrales Ziel war es, Kindern und Jugendlichen, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, den Zugang zu Bildung – Kita und Schule – zu ermöglichen. In Sachsen ist das Recht auf Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche derzeit eingeschränkt. Erst wenn sie nach sechs Monaten oder mehr in die Kommunen verteilt werden, steht ihnen aus Sicht der sächsischen Regierung der Zugang zum Bildungssystem offen. Dies widerspricht nicht nur der UN-Kinderrechtskonvention, sondern auch den Regelungen der EU-Aufnahmerichtlinie und des Grundgesetzes. Wir bleiben auch heute dabei: Bildung für alle!«





**Luise Neuhaus-Wartenberg**

Sprecherin für Mittelstand, Handwerk und Tourismus; Stellv. Fraktionsvorsitzende  
[luise.neuhaus-wartenberg@slt.sachsen.de](mailto:luise.neuhaus-wartenberg@slt.sachsen.de)



**Janina Pfau**

Sprecherin für Verbraucherschutz  
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik  
[janina.pfau@slt.sachsen.de](mailto:janina.pfau@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/2987

**»Stärkung sächsischer Handwerksbetriebe und Perspektive für Geflüchtete durch Berufsausbildung«**

*»Das wär's doch gewesen: Journalisten eilen zur Pressekonferenz der IHK Sachsen. Woran man lange nicht geglaubt hat, ist geschehen. Erstmals seit vielen Jahren ist die Zahl der unbesetzten Lehrstellen in Sachsen stark rückläufig. Wie eine Studie der IHK belegt, hat vor allem die erfolgreiche Integration von Geflüchteten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einen großen Anteil daran. So oder so ähnlich wäre es vielleicht geschehen, wenn unser Antrag eine Mehrheit gefunden hätte. Die Politik muss mehr denn je begreifen, dass es darum geht, mit aller Kraft für alle Menschen Bildung, Ausbildung und Arbeit zu organisieren, damit möglichst niemand in die gesellschaftliche Isolation rutscht. Viele Unternehmen haben das längst begriffen. Nur reicht das nicht. Denn an dieser Stelle müssen Politik und Wirtschaft Hand in Hand gehen. Heute, also drei Jahre nach unserem Antrag, gibt es keine solche Pressekonferenz. Schade!«*

Drucksache 6/11397

**Kinderrechte ins Grundgesetz**

*»Wenn die Mehrheit des Landtages dieser Drucksache zugestimmt hätte, würde auch Sachsen seinen Beitrag dazu leisten, dass die Förder- und Schutzrechte, welche Kinder ohne Zweifel dringend brauchen, endlich im Grundgesetz verankert werden könnten. Denn Kinder sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie brauchen diese Rechte, um eine behütete Kindheit zu haben und den Weg hin zur Entwicklung starker Persönlichkeiten gehen und mit Hilfe ihrer Eltern eine erfolgreiche Zukunft aufbauen zu können. Die Förderung körperlicher und geistiger Fähigkeiten im Zusammenhang mit einem wahrgenommenen Erziehungsauftrag der Eltern schaffen diese Möglichkeiten. Denn Kinder sind das höchste Gut für unser aller Zukunft. Mit der entsprechenden Aufnahme von Kinderrechten würde sich auch die Bedeutung bereits bestehender Artikel im Grundgesetz wandeln. So wären die im Artikel 6 festgehaltenen Befugnisse der Eltern gegenüber Kindern dann vor allem als Recht der Kinder auf Erziehung und Pflege zu verstehen.«*



**Dr. Jana Pinka**

Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft  
[jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/12254

**Integration statt Zuzugsstopp**

*»Anfang des Jahres fasste der Freiburger Stadtrat einen Beschluss zur Beantragung einer negativen Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung) für das Stadtgebiet Freiberg durch Erlass des Freistaates Sachsen und stützte sich dabei rechtswidrig auf einen Paragraphen des Aufenthaltsgesetzes. Noch vor diesem Beschluss stellten wir den Dringlichkeitsantrag »Landesoffensive zu*

Finanzierung der Integrationsleistungen der Städte und Gemeinden jetzt – KEINE Zuzugsverbote für geflüchtete Menschen zulassen! Der Antrag wurde abgelehnt. Doch wie hätte sich die Lage bei Annahme des Antrags entwickelt? Der bundes- und europaweite Ansehensverlust sowohl für die für Weltoffenheit und Toleranz stehende Universitätsstadt Freiberg als auch für Sachsen hätte verhindert werden können. Der Freistaat hätte dringend erforderliche organisatorische und personelle Unterstützung gewähren sowie zusätzliche notwendige finanzielle Leistungen zur langfristigen Bewältigung der Aufgaben bei der Integration geflüchteter Menschen geben müssen – als kommunalen Sonderfinanzbedarf aus Landesmitteln. Damit wäre allen Menschen vor Ort am besten gedient gewesen.«



**Lutz Richter**

Demokratiereferent  
Sprecher;  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
[lutz.richter@slt.sachsen.de](mailto:lutz.richter@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/9072

**»Burg Hohnstein erhalten – Erinnerung an die Naziverbrechen in einem der ersten sog. Schutzhaftlager in Sachsen wach halten«**

*»Es ist ein Vorschlag, die Burg Hohnstein im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im öffentlichen Eigentum zu erhalten. Wir wollen die Burg, wo eines der frühen sächsischen Konzentrationslager war, in die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten aufnehmen. Eine der wichtigsten Forderungen ist dabei der Erhalt der Burg in öffentlichem Eigentum. Neben der Gedenkstätte erfüllt die Burg im Moment auch den Zweck eines Stadtkulturhauses, einer touristischen Einrichtung und größten regionalen Übernachtungsmöglichkeit und eines gastronomischen Betriebes. Burg, Stadt und Region befinden sich in enger Verbindung. Gerade auch aus diesem Grund hat die Linksfraktion einen Tag auf der Burg verbracht, um mit vielen Fachleuten*

*und Interessierten Ideen zu entwickeln, die auch in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.«*



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag



**Susanne Schaper**

Sprecherin für Sozial- und Gesundheitspolitik;  
Tierschutzpolitische Sprecherin;  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
[susanne.schaper@slt.sachsen.de](mailto:susanne.schaper@slt.sachsen.de)

Drucksache 6/9430

**Kinderarmut beseitigen**

Drucksache 6/13081

**Gesundheitliche Versorgung verbessern**

*»Als Sprecherin für Sozial-, Gesundheits- und Tierschutzpolitik fällt es mir schwer, einen Lieblingsantrag zu bestimmen. Im Bereich Soziales hätte ich mir gewünscht, dass der Antrag »Kinderarmut im Freistaat Sachsen gemeinsam beseitigen« eine Mehrheit im Landtag findet. Mit unserem Antrag wollten wir die Staatsregierung beauftragen, einen runden Tisch mit Experten aus dem Bereich einzurichten, Maßnahmen gegen Ursachen von Kinderarmut zu ergreifen und sich als Sofortmaßnahme auf Bundesebene für ein höheres Kindergeld und eine Kindergrundsicherung einzusetzen. – Im Bereich Gesundheit hätte ich mir eine Mehrheit für den Antrag »Gesundheitliche Versorgung zielgerichtet verbessern – Versorgungsforschung in Sachsen spürbar intensivieren« gewünscht. Dieser Antrag wäre der Startschuss für eine gesundheitliche Versorgungsforschung gewesen, welche klar aufgezeigt hätte, welche Maßnahmen zur Sicherung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in Sachsen notwendig sind.«*



© highwaystarz / Fotolia.com



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag





**André Schollbach**

Sprecher für Kommunalpolitik  
andre.schollbach@slt.sachsen.de

**Drucksache 6/3282 u. a.**  
**Finanzierung der Biedenkopf-Tagebücher mit Steuergeld**  
»Die CDU-geführte Staatsregierung gab über 300.000 Euro an staatlichen Geldern für die Tagebücher des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf aus. Ein Vorgang, der streng nach schwarzem Filz roch. Dies rief die Opposition auf den Plan – die »Biedenkopf-Tagebücher« wurden Thema mehrerer »Kleiner Anfragen«. Damit sollte die zwielichtige Rolle des damaligen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) bei der staatlichen Finanzierung der Bücher aufgedeckt werden. Die Regierungsantwort (Drucksache 6/8573) war bemerkenswert: »Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, hat zu keinem Zeitpunkt, nirgendwo, unter keinen Umständen an niemand und auf keine Weise konkret Aufträge oder Weisungen hinsichtlich der Förderung der Tagebuchreihe von Herrn Prof. Dr. Kurt Hans Biedenkopf durch den Freistaat Sachsen sowie der Aufwendung von Finanzmitteln des Freistaates Sachsen hierfür erteilt.« Demgegenüber erklärte Biedenkopf öffentlich das blanke Gegenteil: »Das Tagebuchprojekt ist ein Projekt des Freistaates. Es geht auf Tillichs Vorschlag zurück, die Tagebücher ... vom Freistaat herausgeben zu lassen. ... Inzwischen lehnt der Ministerpräsident die weitere Erfüllung unserer Vereinbarung ohne Begründung ab. Hätten wir das gewusst, hätten wir Tillichs Angebot nie angenommen.« Hat die Regierung wahrheitsgemäß geantwortet oder nicht?«



**Mirko Schultze**

Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz  
mirko.schultze@slt.sachsen.de

**Drucksache 6/5568**  
**Bessere Perspektive für Freiwillige Feuerwehren**  
»2016 hätten wir schon haben können, wohin heute erst die Staatsregierung loszustolpern beginnt, eine umfassende und an den Bedürfnissen der Freiwilligen Feuerwehren und ihres Einsatzauftrages ausgerichtete Finanzierung, Ausstattung und die so dringend notwendige gesellschaft-



liche Wertschätzung. Wäre vor über zwei Jahren der Antrag der LINKEN nicht abgetan worden, könnte seit zwei Jahren mehr investiert werden. Wir wären auf dem Weg hin zu einer Feuerwehr, die nicht nur technisch gut ausgestattet ist, sondern die familienfreundlicher wird, um das Ehrenamt auch attraktiv zu gestalten. Wir könnten heute vermutlich bereits Verbesserungen bei den Tageinsatzbereitschaften oder bei der Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen in der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule verzeichnen. Das von den Wehren erarbeitete Zukunftskonzept »Zukunft Feuerwehr« wäre vermutlich umfänglicher in den Plan Feuerwehr 2020 eingeflossen, und so mancher Bürgermeister müsste sich nicht mehr entscheiden zwischen Feuerwehr oder Jugendclub, zwischen einer modernen Ausrüstung für Menschen, die ihr Leben für uns riskieren und der Sanierung der ebenso wichtigen Kita im Ort.«



**Franz Sodann**

Kulturpolitischer Sprecher  
franz.sodann@slt.sachsen.de

**Drucksache 6/11224**  
**Gesetz zur Weiterentwicklung der Kulturräume in Sachsen**  
»In Sachsens Theater- und Orchesterlandschaft brodelt es. Die Einrichtungen in den ländlichen Kulturräumen und in Chemnitz können

ihren Spielbetrieb seit 2005 nur durch Lohnverzicht der Theater- und Orchesterschaffenden von teilweise bis zu 35 Prozent aufrecht erhalten. Das sind inzwischen ca. 12 Millionen Euro im Jahr. Unserer Kritik schloss sich bereits 2007 der Sächsische Kultursenat an. Nach 13 Jahren versucht die Staatsregierung, das Feuer, das sie selbst mit der Unterfinanzierung der Kultur in Sachsen gelegt hat, zu löschen. Mit einem Sonderprogramm von sieben Millionen Euro jährlich soll die Einkommenssituation der Kulturschaffenden verbessert werden. Aber nur unter Vorbedingungen, die Kommunen, Kulturräume und Theater bzw. Orchester nicht oder nur schwer erfüllen können. Das Sonderprogramm ist auf vier Jahre begrenzt, danach sollen die kommunalen Träger mindestens zwei Jahre die volle Finanzierung selbst stemmen. Ob das möglich ist, bleibt bei vielen Einrichtungen fraglich. Hätten CDU und SPD unserem Gesetzentwurf zugestimmt, wären die Probleme tatsächlich realistisch lösbar.«



**Enrico Stange**

Sprecher für Innenpolitik, Landesentwicklung, Bauen und Wohnen  
enrico.stange@slt.sachsen.de

**Drucksache 6/5439**  
**Gesetz zur Errichtung der unabhängigen Ombudsstelle der sächsischen Polizei**  
»Unser Gesetzentwurf schafft Rechtsgrundlagen und Verfahrenssicherheit für jede Art von Beschwerden gegen Handlungen von Polizeibeamtinnen und -beamten im Dienst. Das gilt für Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie für Auseinandersetzungen von Bediensteten der sächsischen Polizei mit Dienstvorgesetzten oder dem Dienstherrn. Die Zentrale Beschwerdestelle der Polizei, die das Innenministerium eingerichtet hat, weist einen wesentlichen Webfehler auf, den wir beheben wollen: Sie ist beim Dienstherrn angesiedelt, ihre Unabhängigkeit daher nicht gesichert. Wir wollen mit einer wirklich eigenständigen Ombudsstelle jegliche Eingriffe etwa des Innenministeriums ausschließen

und ein rechtssicheres Verfahren per Gesetz vorschreiben. Das schützt Bürgerinnen und Bürger sowie Bedienstete der Polizei, die Beschwerde führen.«



**Klaus Tischendorf**

Gewerkschaftspolitischer Sprecher  
klaus.tischendorf@slt.sachsen.de

**Drucksache 6/13914**  
**Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts in Sachsen**  
»Damit wollen wir dafür sorgen, dass in Vergabeverfahren auch diejenigen eine Chance bekommen, die trotz guter Arbeit bisher keine Chance hatten, weil nur der Preis für die öffentliche Hand ausschlaggebend war. Das Vergaberecht ist die einzige Möglichkeit, mit öffentlichem Geld diejenigen in der Privatwirtschaft zu unterstützen, die gute Arbeit leisten, ihre Beschäftigten anständig behandeln und nachhaltig wirtschaften.«



**Horst Wehner**

Sprecher für Inklusion; Sprecher für SeniorInnenpolitik; Vizepräsident des Landtages  
horst.wehner@slt.sachsen.de

**Drucksache 6/13144**  
**Sächsisches Inklusionsgesetz**  
»Meine Lieblingsdrucksache ist unser Entwurf eines »Gesetzes zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Inklusionsgesetz)«. Derzeit befindet sich dieser noch im parlamentarischen Verfahren, und eine abschließende Behandlung ist noch nicht erfolgt. Sollte unserem Gesetzentwurf zugestimmt werden, sind wir auf einem guten und richtigen Weg in eine inklusive Gesellschaft.«



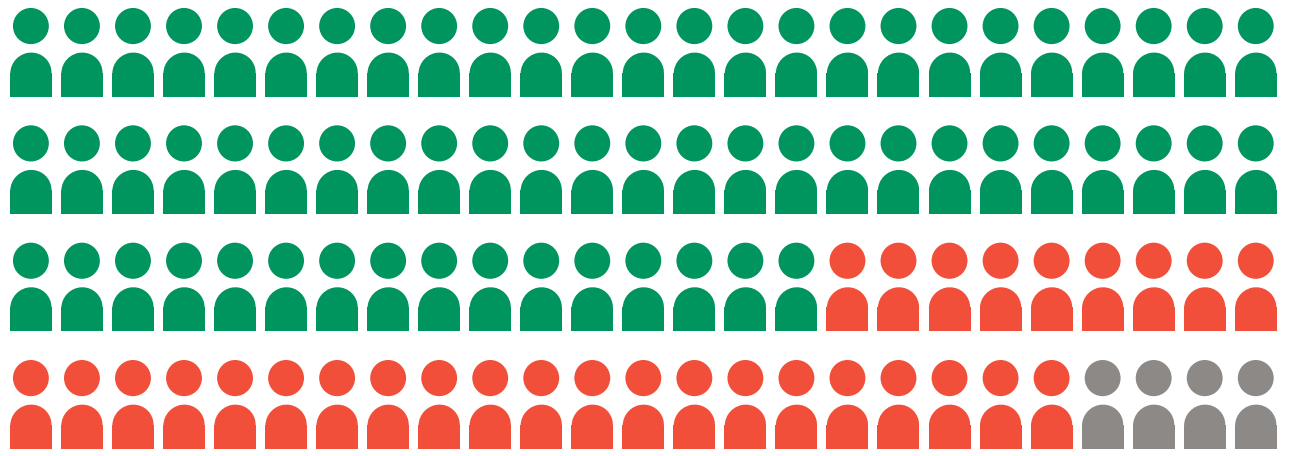


# 2/3

## Zwei Drittel der Sächsinen und Sachsen wollen längeres gemeinsames Lernen. Wir auch!

In Sachsen sammelt derzeit ein breites Bündnis Unterschriften für einen Volksantrag. Das Schulgesetz soll geändert werden: Schulen sollen längeres gemeinsames Lernen anbieten dürfen. Denn unsere Kinder werden viel zu früh sortiert. In der vierten Klasse kann niemand sicher sagen, welchen Weg ein Kind meistern kann. Im gegliederten Schulsystem können viele nicht den Abschluss erwerben, der ihrem Leistungsvermögen entspricht. Wer was schaffen kann, zeigt sich schließlich erst am Ende des Bildungsgangs. Begabungen stehen nicht fest, sondern lassen sich entwickeln! Jede und jeder soll alles erreichen können, wenn die Leistung stimmt. Längeres gemeinsames Lernen schafft ein leistungsförderndes Lernumfeld für alle. Stärkere und Schwächere lernen fachlich und sozial voneinander, in einer längerfristig stabilen Umgebung – motiviert durch Erfolg statt durch Angst.

Das Meinungsforschungsinstitut Kantar Emnid hat die wahlberechtigten Sächsinen und Sachsen repräsentativ befragt. Zwei Drittel unterstützen den Vorschlag, Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam an einer Schule lernen zu lassen – selbst die Mehrheit der CDU-Anhänger. Wir wollen kein Talent verschenken. Deshalb: Länger gemeinsam lernen!



### Ich / Wir unterstütze/n den Volksantrag, weil ...

**Burkhard Naumann, Bündniskoordinator:** »... die Gemeinschaftsschule für viele Schülerinnen und Schüler die beste Schulart ist.«

**Prof. Dr. Wolfgang Melzer, Fakultät Erziehungswissenschaften TU Dresden:** »... sich das vorgeschlagene »Optionale Modell« bei unseren Forschungen in den Thüringer Gemeinschaftsschulen und in einem sächsischen Schulversuch bewährt hat. Gemeinschaftsschulen sollen dort errichtet werden, wo alle Beteiligten es wünschen. Konsens und Schulfrieden sind oberstes Gebot.«

**Kerstin Reetz-Schulz, Omse e. V. Dresden:** »... die Gemeinschaftsschule die passendste Schulform ist, um für die wachsende Heterogenität der Schülerschaft entsprechende pädagogische Antworten zu finden.«

**Cornelia Falken, Linksfraktion:** »... an die Stelle von Versagensängsten eine langfristig stabile Lernumgebung tritt.«

**Sabine Friedel, SPD Sachsen:** »... das längere gemeinsame Lernen unsere Kinder und unser Schulsystem gleichzeitig stärkt.«

### Wissenswertes zum Volksantrag:

Jede im Freistaat Sachsen wahlberechtigte Person (mindestens 18 Jahre alt, seit mindestens drei Monaten mit Hauptwohnsitz in Sachsen gemeldet) darf den Volksantrag einmalig mit ihrer Unterschrift und den dabei unbedingt notwendigen Angaben zur Person unterstützen. Für die Sammlung stützt sich das Bündnis auf eine Reihe von Unterschriftenbüros, von denen aus die offiziellen Bögen – nur diese werden anerkannt – verteilt und wieder eingesammelt werden: [www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/unterschriftenbueros](http://www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/unterschriftenbueros)

**Unterschriftenbogen zum Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen“**  
 Durch meine nachstehende Unterschrift unterstütze ich den Volksantrag zur Einbringung des folgenden Gesetzesentwurfs in den Sächsischen Landtag

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Gemeinschaftsschule im Freistaat Sachsen**

Vertrauensperson	Doreen Taubert	Stellvertretende Vertrauensperson	Michael Becker
Anschrift	c/o Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V. Prießnitzstraße 18, 01099 Dresden	Anschrift	c/o Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V. Prießnitzstraße 18, 01099 Dresden

Hinweise: - Jeder Stimmberechtigte darf denselben Volksantrag nur einmal und nur persönlich unterstützen.  
 - Personen ohne Wohnort in der Bundesrepublik Deutschland, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung einen sonstigen gewöhnlichen Aufenthalt von mindestens drei Monaten im Freistaat Sachsen haben, tragen bei der Anschrift die Angabe „wohngastlos“ ein und fügen eine schriftliche Erklärung nach § 2 WVGVO bei.  
 - Gemäß § 5 Abs. 3 WVGVO kann sich ein Stimmberechtigter, der dies Lebensumstände oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung geübt ist, den Volksantrag allein zu unterstützen, die Hilfe einer anderen Person bedürfen. Die Hilfeleistung ist in der hierfür vorgesehenen Spalte mit „ja“ zu vermerken.

Bitte alle Angaben vollständig und leserlich eintragen sowie eigenhändig unterschreiben!

St. Nr.	Familienname Vorname	Geburtsdatum	Anschrift (Hausnummer, Straße, Postleitzahl, Ort vollständig mit PLZ)	Datum der Unterschrift	Hauptberufliche Tätigkeit	Wahlberechtigung nach § 5 Abs. 3 WVGVO	Nicht vom Stimmberechtigten auszufüllen!		
							Eintragung durch die Gemeinde	Bestätigung der Gültigkeit der Unterschrift gemäß § 5 Abs. 2 WVGVO	Bestätigung durch den Landes- prüfer
1									
2									
3									
4									
5									

Hinweise zum Datenschutz:  
 Bitte beachten Sie, dass wir Ihre Daten entsprechend der datenschutzrechtlichen Bestimmungen vertraulich behandeln. Weitere Informationen über unsere Datenschutzbestimmungen erhalten Sie im Informationsblatt „Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Unterstützung für den Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen““.

**Florian Berndt, linksjugend Sachsen:** »... sich jedes Kind anders entwickelt und die frühe Lebensentscheidung nach der vierten Klasse die Selbstbestimmung entzieht.«

**Petra Zais, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:** »... das längere gemeinsame Lernen einen entscheidenden Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leistet.«

**Markus Schlimbach, Vorsitzender DGB Sachsen:** »... alle Kinder die gleichen Chancen verdienen und die frühe Bestenauslese der Gesellschaft eher schadet.«

**Stefan Engel, Landesvorsitzender der Jusos Sachsen:** »... das frühe Aufteilen der Schülerschaft die Gesellschaft von Beginn an spaltet.«

**Dorit Engel, Lehrerin, Vorstand von Gemeinsam länger lernen in Sachsen e. V.:** »... durch das jetzige Schulsystem unnötiger Druck auf Schülern und deren Familien lastet.«

Wer selbst als Sammlerin oder Sammler aktiv werden möchte, findet die nötigen Informationen sowie Kontaktdaten unter:

[www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/download](http://www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/download)

Worauf es beim Sammeln ankommt, hat das Bündnis zudem in einem kurzen Video zusammengefasst: [http://bit.ly/video\\_unterschriftensammlung](http://bit.ly/video_unterschriftensammlung)

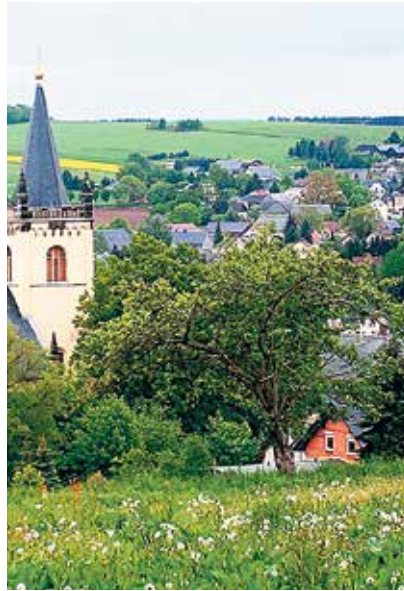




# Koalition der Vernunft – für mehr Menschlichkeit in Sachsen

»Es liegt an uns. Wie wir Zuversicht schaffen können.« Unter diesem Titel sind 21 »Beiträge aus Sachsen« zu finden. Geschrieben haben sie Autorinnen und Autoren, die unterschiedlicher kaum sein können. Sie sind der Einladung von Rico Gebhardt, dem Vorsitzenden der Linksfraktion, gefolgt. Er hat »Menschen, die in Sachsen geboren sind, hier seit vielen Jahren leben und das Land auch mitgeprägt haben, gebeten, ihre Gedanken aufzuschreiben.« Über »den Weg ins Sachsen von morgen und übermorgen«. Dabei hat Rico Gebhardt ein klares Ziel: »Ich möchte, dass meine vier Kinder und alle Kinder dieser Welt mehr Menschlichkeit erleben, als in der Gegenwart anzutreffen ist.« Gebhardt selbst hat Anfang und Ende des Buches beige-steuert, Vorwort und Schluss-Beitrag.

Das Buch ist online – <https://bit.ly/2yKMKH8> – lesbar oder, solange der Vorrat reicht, kostenfrei bei der Fraktion bestellbar: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de) bzw. Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden.



Die **Schriftstellerin** Jayne-Ann Igel, gebürtige Leipzigerin, beobachtet: »Bayern, Schwaben oder Küstenbewohner sind stolz auf ihren Dialekt, wir auf unsere Mundart nicht, warum? Ich habe den Eindruck, dass uns die Sprache abhandeln gekommen ist, die es erlaubt, etwas zur Sprache zu bringen.« Sie träumt von Sachsen als einem »Land, das sich mehr als Mittlerin begreift, zwischen Ost und West, Süd und Nord« – in einem Europa, in dem Regionen »zueinander finden, statt gegeneinander zu konkurrieren.«

Thomas Zschornak, **Bürgermeister** von Nebelschütz, weiß:

»Die Menschen im sogenannten ländlichen Raum identifizieren sich in erster Linie mit ihrem Dorf.« Deshalb gilt für ihn: »Das Herzstück der Gemeinde sind die Dörfer, ihnen wollen wir dienen.« Klare Ansage an die Landespolitik: »Ich finde, die Gemeindegebietsreform sollte dort auf den Prüfstand gestellt werden, wo die Leute mit ihr nicht glücklich geworden sind.«

Helga Steinert war **Grundschul-lehrerin** und engagiert sich nunmehr als Rentnerin auch für Flüchtlinge: »In diesen ersten Minuten des Kennenlernens wussten wir, dass die Zeit mit unseren Gästen ein beiderseitiger Gewinn werden kann. Und genau so ist es gekommen. Die inzwischen über 150 Helferinnen und Helfer und die Jungs aus der Fremde sind Freunde geworden.«

Michael Richter, **Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes**, blickt voraus: »Was immer die Zukunft bringen mag – für den »sozialen Kitt« müssen uns die zwischenmenschlichen Begegnungen wichtig bleiben. Wir müssen aufeinander und uns selbst achtgeben.« Alles, was »die Menschen zusammenbringt, müssen wir mehr denn je schützen und fördern. Wenn dies gelingt, muss uns vor dem Jahr 2040 nicht bange sein.«

Nadine Lantzsich, in Hoyerswerda aufgewachsene **Bloggerin**, lernte auch, froh sein zu können, dass man ihr in Sachsen nicht »nach dem Leben trachtet wie anderen Mitmenschen, die dann unter tosendem Beifall gesammelt aus der Stadt gebracht werden, damit sich deren übrige Bewohner\*innen und Repräsentanten nicht mit Imagefragen beschäftigen müssen. Wir sind ja schließlich »unter uns.«

»Handwerk ist Sachsens Zukunft«, ist Jörg Dittrich, **Präsident der Handwerkskammer Dresden**, aus eigener Erfahrung überzeugt: »Viele Menschen, die hauptberuflich im Handwerk tätig sind, sind ausgeglichen und zufrieden. Denn am Ende des Tages sehen sie, was sie mit ihren Händen geschaffen haben.«

»Die Ostdeutschen wurden in den 90er Jahren mundtot gemacht! Das darf so nicht mehr passieren, wenn es um die Lausitz geht, um Sachsen generell!«, fordert die **langjährige Unternehmerin** Helga Förster: »Entscheidungsmöglichkeiten über einen eigenen Weg dürfen uns nicht mehr von Westdeutschen abgenommen werden.«

Hubert Kemper, **ehemaliger Landeskorrespondent der »Freien Presse«**, diagnostiziert: »Ungarns Machthaber Viktor Orbán findet gerade in sächsischen CDU-Kreisen Anerkennung, weil er sein Land mit Stacheldraht und Zäunen abriegelt hat. Die Schnittmengen zwischen der rechtsradikalen, populistischen AfD und der CDU sind beachtlich.«

Im Niedriglohnland Sachsen braucht es stärkere Gewerkschaften. Ines Kuche, **Geschäftsführerin des ver.di-Bezirks Leipzig-Nordsachsen**, resümiert ihren Beitrag: »Arbeitnehmer\*innen müssen sich wieder ihres Wertes bewusst sein, erkennen, dass Vereinzelung ihnen am wenigsten nützt.« Den Betrieben auch nicht, wie Studien der Hans-Böckler-Stiftung zeigen: »Mitsprache und gleichberechtigtes Handeln sind ein nachweisbarer Erfolgsfaktor.«



Der **Sozialarbeiter** Tobias Burdukat, dessen berufliche Praxis im Projekt »Dorf der Jugend« in Grimma steckt, bringt seine Erkenntnis so auf den Punkt: »Ich denke, je mehr junge Menschen, und deshalb mache ich das, was ich mache, aus tiefster Überzeugung, es für möglich halten, in kleinen und vielfältigen solidarischen Gemeinschaften zusammen zu wirken, desto mehr »bunte« Biotope entstehen und desto vielfältiger wird unsere Gesellschaft.«

»Man akzeptiert sich, hat Geduld miteinander, und es ist nur derjenige allein, der allein sein will«, schreibt Regina Schulz, **ehemalige Landtags-Vizepräsidentin** und Dorfbewohnerin. »Als erfreulich für mich stellt sich auch die Tatsache dar,







© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

dass es auf dem Dorf offenbar viel leichter ist, ausländische neue Mitglieder zu integrieren«, denn man »erlebt sich gegenseitig direkt, so dass gegenseitige Vorbehalte wenig Chancen haben.«

Der **Vizepräsident des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes**, Dr. Jürgen Rühmann, nimmt sich der Grundsatzfrage an: »Was zum Sachsen in guter Verfassung gehört. Dazu gehöre, dass da, wo »insbesondere die ländliche Bevölkerung am meisten »der Schuh drückt« (ordentlich bezahlte Arbeitsplätze, digitale und Verkehrs-Infrastruktur, Schul- und Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Polizei)« Abhilfe geschaffen wird, »soweit diese Dinge der staatlichen oder kommunalen Einwirkung zugänglich sind.«

Vor drei Jahrhunderten wurde in der Heimatstadt der **umwelt-politischen Sprecherin der Linksfraktion**, Dr. Jana Pinka, in Freiberg, das Prinzip der »Nachhaltigkeit« erfunden, das bis heute beispielgebend »durch den Oberberghauptmann Carl von Carlowitz geprägt wurde. Holzeinschlag und nachwachsendes Holz waren nicht mehr in der Balance, es bestand die Gefahr, dass Bergbau und Hüttenwesen wegen Holznot zum Erliegen kommen.«

Mit der Bedeutung von »Heimat« befasst sich Prof. Dr. Peter Porsch, **Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen**, der vor 50 Jahren seine Geburtsstadt Wien verlassen hat und seit nunmehr 45 Jahren in Sachsen lebt und »drei Kinder, sechs Enkel und einen Urnenkel zu verantworten« hat. Er sagt uns, wir sollten »LINKS auf Sächsisch können.«

Die **Bürgermeisterin für Kultur und Tourismus der Stadt Dresden**, Annetrin Klepsch, möchte »Sachsen intelligent erlebnisreich machen: Angesichts der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel dürften Schneekanonen die falsche Antwort sein.« Gemein-

sam mit der Einwohnerschaft vor Ort könnten in den Regionen Ideen für einen »klimaneutralen wie klimaanabhängigen Tourismus« entwickelt werden.

Über »die sanfte Revolution von Görlitz« schreibt aus nächster Nähe der **frühere Kriegsreporter** Randolph Braumann, gebürtiger Bochumer, langjährige Hamburger und nun schon fast ein Jahrzehnt in der Stadt an der Neiße zu Hause: Wie Görlitz/Zgorzelec/Zhorjelic/Gertz (deutsch/polnisch/sorbisch/oberlausitzisch) gerade zu einer wirklichen Europastadt wird.

Sie hat »für ihre **Verdienste um die politische Mitbestimmung und direkte Demokratie**« die Sächsische Verfassungsmedaille erhalten: Andrea Roth. Und für die langjährige Organisatorin der Treffen von Bürgerinitiativen für sozialverträgliche Kommunalabgaben und gegen Schulschließungen »ist klar, dass die Hürden für direkte Demokratie so abgesenkt werden müssen, dass sie überhaupt wieder möglich wird.«



© Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Der frühere sächsische Ausländerbeauftragte Prof. Dr. Martin Gillo meinte mal launig, dass die **Sorben** die Einzigen in Sachsen seien, die nicht Nachfahren von Einwanderern sind. Aus Ureinwohner-Perspektive widmet sich David Statnik, Vorsitzender des sorbischen Dachverbandes Domowina, dem Zusammenleben im Freistaat: »Wir sind wir selbst geblieben und haben uns zugleich friedlich arrangiert. Ich finde, davon können Sachsen, Deutschland und Europa gerade viel lernen.«

Wer erinnert sich nicht an den Lernstoff, den man vor einer Prüfung mit großem Eifer gepaukt hat, und hinterher hat er sich schon bald wieder im Kopf verflüchtigt. Sinah Al-Mousawi, Studentin der Rechtswissenschaften und **früher Mitglied im Jugendparlament Leipzig**, ist »für Schulbildung, die wir nicht sofort vergessen.« Kinder lernen gerne, aber es hilft niemandem, »aus ihnen Lernroboter zu machen.«

Muss »ganz normaler Familienalltag einer Alleinerziehenden und ihrer Kinder ein Leben am Rande des Wahnsinns, der Erschöpfung und der Verzweiflung« sein, fragt Brunhild Fischer, **Geschäftsführerin der Selbsthilfegruppen Alleinerziehender**. Klare Antwort: Nein! »Lasst uns nicht länger warten auf irgendwen und irgendwann, sondern die Politik und unser Leben in die eigenen Hände nehmen und die Zukunft und die unserer Kinder selbst gestalten!«

Rico Gebhardt, **Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion**, möchte »Heimat für alle«, die in Sachsen leben – und den Missbrauch der »Heimat« zu Machtzwecken durch die CDU beenden, die »ständig erzählt, was und wer angeblich alles nicht zur sächsischen Heimat gehört. So geht sächsisch definitiv nicht.« Er möchte »ein Sachsen, das wieder seiner Zeit voraus ist« – in

dem die Menschen ihr Leben planen können und die Politik wirklich zusammenführt, statt wie bisher einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen.



© Zenbor / Fotolia.com

**Es wird ja zurzeit in den Medien viel über mögliche und unmögliche Koalitionen nach der nächsten Wahl spekuliert. Die Linksfraktion im Landtag sieht aber ihre Aufgabe darin, mit parlamentarischen Initiativen (von denen wir in dieser Zeitung gleich ein paar Dutzend vorstellen) und Diskussionen über Probleme, für deren vernünftige Lösung es im Parlament (noch) keine Mehrheit gibt, ihren Beitrag zu einer »Koalition der Vernunft« (Rico Gebhardt) zu leisten. Unter den Mitwirkenden an diesem Buch befinden sich neben bekannten LINKEN auch bekannte SPD- und CDU-Mitglieder sowie viele parteipolitisch Unabhängige.**



# links im Landtag

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Herbst 2018

Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

oder per E-Mail an:

raetsel@linksfraktion-sachsen.de

**Kennwort: »LiL-Preisrätsel«.**

Einsendeschluss ist der  
**31. Dezember 2018** (Poststempel).

Unter allen richtigen  
Einsendungen verlosen wir  
unter Ausschluss des Rechtsweges  
**Büchergutscheine!**

Die Gewinne werden  
zugeschickt, deshalb bitte  
Absender nicht vergessen.  
Die Einsender-Adressen  
werden ausschließlich zur  
Ermittlung der Gewinner  
genutzt. Die Finanzierung der  
Preise erfolgt über Spenden  
unserer Abgeordneten.

1	2	3	4	5	6		7	8	9			10	11	12	13	
14							15	16			17					18
19						20				21				22		
23					24				25		26		27			
		28		29				30				31			32	
33	34		35				36				37					
38						39				40				42		43
			44		45			46	47				48			
49		50		51				52				53				
54			55				56				57					
		59			60				61	62			63		64	
65	66		67				68					69				
	70	71			72	73			74			75				
76				77				78		79	80				81	
82					83				84	85			86	87		
88				89				90				91		92		
93						94			95						96	

## Lösung:

85	24	40	31	39	49	22	45	67	88	50	18	79	77	16	37	51
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

**Waagrecht: 1.** Mittel der Volksgesetzgebung, mit dem ein breites Bündnis in Sachsen Gemeinschaftsschulen ermöglichen will, **10.** Zufluchtsort, Schutz vor Gefahr und temporäre Aufnahme von Verfolgten – zu Unrecht größtes gesellschaftliches Streitthema, **14.** chem. Element, Seltenerde-Metall, **15.** Währungscode f. Euro, **17.** Bez. der Massenvernichtung der Juden unter der NS-Diktatur, **19.** Teil des Keyboards, Bedienteil eines Computers, **20.** Wettkampfstätte, **22.** zu keiner Zeit, **23.** span. Artikel, **24.** Zuckerrohrschnaps, Grogzutat, **25.** Einheit des Luftdrucks; Hektopascal (Abk.), **27.** eingeschaltet, **29.** Gesetzentwurf der Landesregierung – würde alle Bürgerinnen u. Bürger zu Gefährdungen erklären, **33.** ital. Hafenstadt (Golf von Salerno), **36.** Männerkurzname, Comicfigur (... und Struppi), **37.** längster Strom Afrikas, **38.** direkt gewählte Abgeordnete in der Linksfraktion (Juliane), **39.** best. Artikel (Dativ), **40.** Abk.: im eigentlichen Sinne, **42.** in der Nähe von, **44.** kl. Metallring, **46.** latein.: Geist, Verstand, **48.** poet.: kleiner, lichter Wald, **49.** Abk.: et cetera, **51.** mit Google im Internet suchen, recherchieren, **53.** Rock-Band, »Über sieben Brücken ...«, **54.** Vize-Präsident des Sächs. Landtages und LINKEN-Abgeordneter (Horst), **56.** österr. Fernseh-/Rundfunkanstalt (Abk.), **57.** Hexe, Zauberin, **59.** Abk.: Erstausgabe, **60.** Nachtlokal, **61.** chin. Staatsmann (Mao ...-Tung, †1976), **63.** Totenschrein, **65.** Abk.: Greenwich Meridian, **67.** natürl. Badegewässer, **68.** sächs. Regierungs-

chef, er verspricht allen das, was sie hören möchten, **70.** Abk.: Internat. Automobilausstellung, **72.** persische Flöte, **74.** chem. Symbol: Lithium, **75.** italien. Hafenstadt (Provinz Latina), **76.** starker Zweig, **79.** Vorname des Schauspielers Sander, **81.** Abk.: oberer Totpunkt (Kolbenweg-Verbrennungsmotor), **82.** soziale Gruppe; Begriffsteil der Schulform, die für längeres gemeinsames Lernen in Sachsen dringend gebraucht wird (...schule), **86.** Judoka, der den Gegner angreift (Werfender), **88.** Bewohner der »Grünen Insel«, **89.** Abk.: Comité intern. Olympique, **90.** Erzgebirgsstadt (Teamfarbe des Fußballclubs: lila), **92.** Abk.: Konto, **93.** Musik: langsam, **94.** Fluss in Oberitalien, **95.** Lebensabend, der wie die Zeit davor frei von Armut sein muss, **96.** franz.: in.

**Senkrecht: 1.** alterprobtes Mitglied der Arbeiterbewegung, altgedienter Soldat, **2.** durch den Mund, med.: zum Mund gehörig, **3.** Kfz-Z. Lobenstein (Saale-Orla-Kreis), **4.** Bildungsstätte, in deren Qualität und Ausstattung dringend mehr investiert werden sollte, Kindertagesstätte (Kw.), **5.** frz. Schriftsteller (1804–1857), Romancier, **6.** kurz: an dem, **7.** schädli. trop. Insekt (»Weiße Ameise«), **8.** franz.: Straße, **9.** Stadt in den Niederlanden, **10.** mit ... und Krach, **11.** Kfz-Z. schweizer Kanton Schaffhausen, **12.** linker Seine-Zufluss, **13.** altfrz. Verserzählung im Mittelalter, **18.** ... statt Hetze, klopft ganz stark, wenn du verliebt bist, **20.** Nomadenzeltorf, **21.** Berg im

Himalaja (Nepal), **24.** franz.: König, **26.** DFF-Krankenschwester, fuhr mit dem Moped im Dorf zu kranken Menschen und pflegte sie (Schwester ...), **27.** Kfz-Z. Aschersleben, **28.** Teil der Woche, **29.** Fürsorge als große gesellschaftliche Herausforderung, die nur solidarisch gelöst werden kann, **30.** Wohnraum, **31.** Gefrorenes, **32.** weibl. Gestalt der griech. Mythologie (Titanin), **34.** Turnunterlage, **35.** Fabelname des Löwen, **39.** Deodorant (Kzw.), **40.** Fluss durch Innsbruck, **42.** Kellnerin in einer Bar, **43.** Eingliederung, vereinigendes Einbeziehen, **45.** sächs. Volksgruppe, deren Siedlungsgebiet in der Landesverfassung ausdrücklich erwähnt wird, **47.** elfter Teil e. Ganzen, **48.** Festlegung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, die den sozialen Ausgleich schaffen muss, **49.** für alle Zeit, immer, **50.** Kosename Guevaras, **52.** russ. Schriftsteller »Die Mutter« (Maxim †1936), **53.** chem. Zeichen: Krypton, **55.** US-Luft- u. Raumfahrtbehörde, **57.** Halbton unter d, **62.** Schuh mit hohem Schaft – Teil der »Arbeitskleidung« von Nikolaus u. Weihnachtsmann, **64.** Destillations-/Laborgefäß, **66.** Not, Elend, **69.** olymp. Kurzbez. f. Kongo, **71.** Luft holen, **73.** altgriech. Fabeldichter, **76.** flink, lebhaft, **77.** Vorname des Fraktionschefs der LINKEN im Sächs. Landtag Gebhardt, **78.** Ausruf des Verstehens, **80.** in Zschopau meistgebauter Motorradtyp (125cm<sup>3</sup> 2-Takt), **83.** chem. Symbol: Nickel, **84.** österr. Fluggesellschaft (Abk.), **87.** Abk.: okay, **91.** Skat: Erwiderung auf contra.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Vorsitzender: Rico Gebhardt  
Telefon: 0351 493-5800  
Telefax: 0351 493-5460  
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Druck: DDV Druck GmbH  
Auflage: 1,9 Mio.  
Stand: Oktober 2018